- BRÜHL AKTUELL -

Ratsfraktion
Brühl

AfD

N° 2
07/21

Bericht über die Ratsarbeit

- In der Ratssitzung vom 1. März stand ein Bürgerantrag auf Selbstdeklaration der Stadt Brühl zum **sicheren Hafen** im Fokus der Aufmerksamkeit. Ziel des Antrags war nicht nur die überplanmäßige Aufnahme von weiteren Flüchtlingen, sondern auch die Unterstützung der sog. Seebrücke.
  Während von Schwarz-Gelb lediglich der Hinweis angebracht wurde, dass dies nicht von einer Kommune geregelt werden könne, da dies in der Hoheit des Bundes liegt, leistete die AfD-Fraktion als einzige argumentative Gegenwehr. Wir haben klar gemacht, dass wir nicht für eine Unterstützung von Schlepperei, Menschenhandel und illegaler Migration zur Verfügung stehen. Wir erklärten, dass die vermeintliche Seenotrettung damit offene Grenzen weder human noch nachhaltig sind und man anstatt dessen sowohl Push- als auch Pullfaktoren minimieren müsse. Wir erklärten, dass jede weitere Seenotrettung und das unkontrollierte Offenhalten der EU-Außengrenzen logischerweise eine Sogwirkung für noch größere Migrationsströme habe und dies zu unterbinden sei.
  In diesem Zusammenhang haben wir auch auf unsere Anfrage zur Auskunft über das **Brühler Asylsystem** verwiesen. Selbst sechs Jahre nach der großen Migrationswelle aus arabischen und später auch afrikanischen Ländern müssen alleine in unserer Stadt noch knapp 70 Geduldete bzw. Ausreisepflichtige versorgt werden.
  Erwartungsgemäß wurde der Antrag von Rot-Rot-Grün unterstützt. Die CDU-Fraktion konnte sich nicht zu einer einheitlichen Meinung durchringen und beantragte deshalb geheime Abstimmung. In dieser wurde der Antrag mit 30 Für- zu 11 Gegenstimmen angenommen.
  Im Wortlaut der Selbstdeklaration wurde jedoch angeführt, dass keine zusätzlichen finanziellen Mittel, also auch kein Sponsoring von sog. Flüchtlingsschiffen, bereit gestellt werden könne. Man kann also sagen: AfD wirkt.
- Der **Rathausneubau** bleibt finanziell gerade noch im Planungsrahmen von knapp 24 Mio. €. Zuletzt wurde noch diskutiert, ob Einsparungen an Fassade oder Dach erforderlich wären, um nicht über die maximalen Planungskosten hinaus zu gehen.
  Brisant: Trotz des Neubaus muss die Stadt Brühl externe Räumlichkeiten von jährlich über 50.000€ anmieten, da der Platz trotz Home-Office und Konzepte der Arbeitsplatzteilung nicht ausreicht. Auch das ist eine Konsequenz des übermäßigen Personalaufbaus der letzten Jahre.

Ratsfraktion Brühl AfD

Bericht über die Ratsarbeit

- In der Ratssitzung vom 3. Mai stand die Verabschiedung des **Haushalts für 2021** im Mittelpunkt. Mit einem Gesamt-Defizit von knapp 17 Mio. € lässt Rot-Grün das Haushaltssicherungskonzept näher rücken. Dennoch wurde der diesjährige Brühler Haushalt gegen die Stimmen von CDU, FDP und AfD beschlossen. Dieser sieht ein Rekorddefizit von knapp 30 Mio. € vor. Selbst nach der Bereinigung um die Corona-Effekte verbleiben knapp 17 Mio. €, die der Brühler Bevölkerung und Wirtschaft zugemutet werden. Bei geplanten Mindereinahmen von ca. 43 Mio. € infolge der Corona-Krise und einem Gesamtverschuldung von rd. 250 Mio. € bis 2025 steuert Brühl der kommunalen Insolvenz zu. Doch trotz wegbrechenden Einnahmen verschanzt sich die rot-grüne Ratskoalition im gedanklichen Schlaraffenland und erhöht insbesondere im Personalbereich und für ideologische Projekte massiv die Ausgabenseite. Wir forderten den Bürgermeister und die rot-grüne Ratsregierung deshalb auf die Finanzen der Stadt wieder auf eine nachhaltige Basis zu stellen und somit die finanzielle Grundlage der nachfolgenden Generationen nicht weiter zu gefährden. Konsolidierung muss das Gebot der Stunde sein. Der Leitgedanke der intergenerativen Gerechtigkeit muss endlich wieder in der Brühler Finanzpolitik gelebt werden.
  Unseren vollständigen Beitrag finden Sie unter:
  http://www.afd-bruehl.de/haushaltssatzung-2021-bilanz-knapp-17-mio-e-defizit-praedikat-nicht-nachhaltig
- Zudem stellten die Linken den Antrag anlässlich des sog. „Pride-Month" die **Regenbogenflagge** vor dem Rathaus zu hissen. Als einzige Fraktion stimmten wir gegen den Antrag. Zum Einen erlaubt die Flaggenverordnung NRW nur in wenigen Ausnahmefällen das Hissen von nichtstaatlichen Flaggen. Damit soll verhindert werden, dass die staatliche Neutralität verletzt wird. Zum Anderen wird damit einer Minderheit der Status als Randgruppe unterstrichen und bewirkt somit das Gegenteil der Intention. Das Hissen der Regenbogenflagge lädt in Zukunft auch weitere nicht-staatliche und private Vereinigungen oder Gruppen ein, Ansprüche gegen Kommunen, Land oder Bund zu erheben, um für sie Partei zu ergreifen – Interessenkonflikte sind vorprogrammiert.
- Im Rahmen unserer Anfrage zur Sachstandsauskunft **Windpark Bleibtreusee** bestätigte der Bürgermeister, dass zwischen Bleibtreusee, Luxemburger Straße und Deponie mindestens zwei bis zu 200m hohe Windräder errichtet werden sollen. 15.000m^2 Waldfläche mitsamt Flora und Fauna sollen hierfür zerstört werden. Wir werden uns mit aller Macht für den Erhalt unserer Naturlandschaft einsetzen.

Ratsfraktion Brühl AfD

Bericht über die Ratsarbeit

- Angesichts der Angriffe der radikal-islamischen Hamas aus dem Gaza-Streifen gegen Israel haben wir uns zum Jahrestag der Gründung Israels zu einer **Solidaritätsbekundung** vor der alten Synagoge eingefunden. Damit haben wir als einzige Brühler Partei klar Stellung gegen Antisemitismus und Islamismus bezogen.
- In der Ratssitzung vom 28. Juni beantragten wir die **Anbahnung einer Städtepartnerschaft mit einer Israelischen Stadt**.
  Vor dem Hintergrund der 1.700-Jahr-Feierlichkeiten des jüdischen Lebens in Deutschland, hoben wir die Bedeutung des jüdischen Lebens für das Rheinland und die Stadt Brühl hervor. Nach Jahrhunderten der Diskriminierung, Verfolgung und Ermordung gibt es heutzutage zum großen Glück wieder ein weitestgehend freundschaftliches Verhältnis zwischen deutschem und israelischen Leben. Dies spiegelt sich auch in zahlreichen Städtepartnerschaften wider. So sollte der Weg frei gemacht werden für eine israelische Partnerstadt gleichberechtigt zur bereits bestehenden Projekt-Partnerschaft mit dem palästinensischen Battir. Zudem sollte mit dieser Städtepartnerschaft nicht nur einen Beitrag gegen den leider wieder wachsenden Antisemitismus geleistet, sondern auch das jüdische Leben in Brühl wieder ein Stück weit lebendiger gemacht werden.
  Der Antrag wurde jedoch von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Zynismus und Instrumentalisierung warf man uns vor. Die Debatte war geprägt von etlichen Wiederholungen und nur sehr wenig inhaltlicher Auseinandersetzung. Begründet wurde die Ablehnung des Antrags in der Hauptsache aufgrund des Antragstellers. Wie in den meisten anderen Parlamenten auch, werden auch wir vom parlamentarischen Prozess abgeschnitten. Den Beteiligten ging es kaum um die Sache, sondern fast ausschließlich um die fortwährende Bedienung von diffamierenden unwahren Behauptungen über die deutlichste Oppositionspartei in Deutschland. Die wenigen inhaltlichen Argumente die vorgebracht wurden, waren indes entlarvend. So führte die Grünen-Fraktion an, dass eine israelische Städtepartnerschaft doch die Projekt-Partnerschaft mit Battir torpedieren würde. Da man diese Partnerschaft aber nicht gefährden will, käme eine israelische Partnerstadt nicht in Frage. Damit stellt Rot-Grün Palästina klar über Israel.
  Es bleibt also festzuhalten, dass der Brühler Stadtrat sich bewusst aus unwürdigen Motiven heraus und aus Rücksichtnahme vor palästinensischen Interessen gegen eine Israelische Partnerschaft gestellt hat.
  Die AfD bleibt damit auch in Brühl die einzige politische Kraft, die sich glaubhaft für die Interessen und Belange der jüdischen bzw. israelischen Mitbürger einsetzt.

Ratsfraktion Brühl AfD

Bericht aus den Ausschüssen

Hauptausschuss

- Im Vorfeld zur Ratssitzung im Mai fanden im Hauptausschuss umfangreiche **Beratungen zum Haushaltsentwurf** 2021 statt. Alle Fraktionen konnten Antrage hierzu einreichen. Während rot-grün noch weitere Ausgaben durchdrückten, wurden unsere Anträge zur Einsparung eines in Summe höheren sechsstelligen Betrags abgelehnt.
- Am 12.04. wurde mehrheitlich entschieden künftige Ratssitzungen als **Tonaufzeichnung live im Internet** zu übertragen und die Aufzeichnungen später abrufbar zu machen. Generell begrüßt die AfD diesen Schritt, dennoch sind wir der Meinung das dies nicht ausreichend ist, um für Transparenz und Bürgerbeteiligung zu sorgen. Wie auch schon im Wahlprogramm festgehalten setzen wir uns auch weiter für ein Videolivestream ein.
- Im neu gebildeten **Arbeitskreis Digitalisierung** werden erstmals dezidiert Bedarfe und Potentiale in den Bereichen Schule, Verwaltung und Smart City diskutiert.

Soziales

- In der regelmäßigen Auskunft über die **Flüchtlinge** barg der Bericht über die aktuelle Betreuungssituation viel Zündstoff. Die zuständigen Sozialarbeiterinnen legen darin dar, dass die Anfragen und Probleme nicht nur in der Anzahl sondern auch in der Brisanz deutlich gestiegen sind. Vor allem bei den schon länger untergebrachten Familien und alleinstehenden Männern sei ein hohes Konfliktpotential vorhanden. Dabei komme es auch immer öfter zu häuslicher Gewalt. Auch bei der Familienzusammenführung gab es vielerlei belastende Situationen, da Minderjährige aus ihrer langjährigen gewohnte Umgebung herausgerissen wurden. Darüber hinaus sorgt aber auch die vermehrte Verschuldung der Flüchtlinge sowie das illegale Bewohnen von unangemeldeten Personen in freien Zimmern der Flüchtlingsunterkünfte für große und zeitintensive Probleme. Die Sozialarbeiterinnen sind aufgrund der sehr differenzierten Einzelfälle und der vielen Nachfragen sehr belastet. Es zeigt sich erneut, dass wir dringend eine strenger geregelte Migrationspolitik brauchen, um die Belastung auf der einen und Perspektivlosigkeit auf der anderen Seite zu beenden.
- Das Projekt zur **Auflösung Obdachlosenunterkunft** Lupinenweg wurde vorgestellt.
- Start eines neuen Wohnprogramms **„Innovative und gemeinschaftliche Wohnformen"**, um vor allem Isolation und Einsamkeit im Alter vorzubeugen.
- Im Rahmen der **präventiven Hausbesuche** wurden von über 5.000 aller angefragten Haushalte in nur knapp drei Prozent Beratungen oder Besuche durchgeführt, da sich der Rest nicht zurückmeldete. Aus Haushalten mit türkischem Migrationshintergrund kamen sogar gar keine Rückmeldungen.

Bericht aus den Ausschüssen

Planung & Stadtentwicklung

- Wesentliches Thema war die Diskussion um den Bebauungsplan **„Östlich Lindenstraße/ westlich an der Schallenburg"** in Schwadorf. In dem etwa drei Hektar großen Raum soll ein Wohngebiet mit knapp 30 Ein- und Mehrfamilienhäusern entstehen. Zwar wurde die Planung auf Anraten der Dorfgemeinschaft etwas reduziert, dennoch warnte nicht zuletzt die Bürgerinitiative DENKmal Brühl vor den irreversiblen Schäden für die Schwadorfer Kulturlandschaft. Neben der Versiegelung bester Ackerböden würde auch der dörfliche Charakter Schwadorfs zerstört werden. Leider wurde der nur geringfügig veränderte B-Plan dennoch mehrheitlich beschlossen. Dafür stimmten auch die Grünen, die einmal mehr unter Beweis stellten, dass sie kein wirkliches Interesse an Umwelt- und Landschaftsschutz zu haben scheinen.
- Unsere Anfrage zum Thema Sicherheit von **brennenden E-Autos** in Tiefgaragen und Parkhäusern wurde dahingehend beantwortet, dass hierfür kein Konzept vorläge und auch die Notwendigkeit dessen nicht erkennbar wäre.
- Der vorgestellte **„Masterplan Freiraum"** soll Grundlage des neuen Flächennutzungsplans werden. Auf Basis eines Rahmenkonzept zum Erhalt möglichst vieler wertvoller Freiflächen, soll das Ziel der Erhalt des Ortsbildes, des Freizeit- und Erholungswert, sowie der Wohlfahrtswirkung für die Bevölkerung sein.
  Ungeachtet dessen schreitet der Ausweis neuer Wohnflächen und damit die Bebauung von immer mehr freier Flächen voran. Geradezu paradox, dass Rot-Grün nun den Versiegelungsgrad der Stadt Brühl über ein externes Gutachten ermitteln lassen will.
- Kurz vor der Sommerpause wurde die Zukunft des **ehemaligen Kaufhof-Geländes** und der Bleiche anhand einer Machbarkeitsstudie diskutiert. Aufgrund der herausragenden Bedeutung dieser Fläche für die Innenstadt fordert die AfD hierzu eine rechtzeitige Bürgerbeteiligung. Es gilt, die Bleiche als wichtigen innerstädtischen Platz zu erhalten und aufzuwerten, etwa durch Begrünung oder auch durch einen Spielplatz.

Bauen, Umwelt & Klima

- Der vorgestellte Sachstandbericht zum **energiepolitischen Arbeitsprogramm** in Bezug auf den Audit zum European Energy Award (EEA) stellt implizit den Widerspruch auf zwischen der Bedeutung des Waldes als Ökosystem und diesen zerstörenden Windkraftanlagen
- Eine regelmäßige Aufstellung einer **kommunalen Treibhausgasbilanz** – wie es die Grünen wollen – ist aus Sicht der Verwaltung aus Kostengründen nicht sinnvoll
- Die von den Linken/Piraten geforderten **Klimabürgerräte** wurden abgelehnt

Bericht aus den Ausschüssen

Verkehr & Mobilität

- Auf Antrag von Rot-Grün wurde ein das sog. Konzept **„Klimafreundliche Mobilität für Brühls Zukunft"** mit einziger Gegenstimme der AfD beschlossen. Es zielt vor allem darauf ab motorisierten Individualverkehr weiter einzuschränken (Stichwort autofreie Innenstadt), Verkehrsfläche zu reduzieren und viel Geld für Verkehrsumerziehung in die Hand zu nehmen.
- Der Ausschuss hat einstimmig eine **Resolution zur Rheinspange 553** verabschiedet. Ziel der Planung ist es eine Verbindung der rechtsrheinischen A59 mit der linksrheinischen A555 mittels Rheinquerung herzustellen. Alle Brühler Fraktionen befürworten dabei eine der nördlichen Trassenlösungen durch Wesseling. Ob es dazu allerdings kommt ist inzwischen unsicher, daher wird die Resolution bislang auf unbestimmte Zeit vertagt.
- Auf unserem Hinweis über die **unsachgemäße Nutzung vieler E-Scooter** im Stadtgebiet teilt die Verwaltung mit, dass die Stadt keinen direkten Einfluss darauf habe. Es können nur im begrenzten Maße Kontrollen des Ordnungsamtes stattfinden. Man werde dennoch das Gespräch mit den Anbietern suchen. Wir bleiben auch bei diesem Thema am Ball.
- Der Stadtbusverkehr wird künftig von der neu gegründeten **Stadtwerke Brühl Verkehrsgesellschaft** betrieben. Ziel der neuen Gesellschaft soll auch die Optimierung des Verkehrsnetzes und der Auslastungsverteilung sein.
- In der nördlichen Innenstadt wurden mehr Verkehrsberuhigungen beschlossen

Jugendhilfe / Schule

- Die Nutzungsmöglichkeiten von **Spielplätzen für Jugendliche** wird ausgeweitet. Dennoch haben auch wir uns dafür ausgesprochen, dass Jugendlichen daneben geeignetere Aufenthaltsplätze zur Verfügung gestellt werden müssen.
- Nach Kritik am **Auswahlverfahren**, werden zukünftig Schüler aus dem Brühler Stadtgebiet bei der Aufnahme am Max-Ernst-Gymnasium privilegiert
- Die **Grundschule in Pingsdorf** wird künftig konstant zweizügig und erhält für den zusätzlichen Raumbedarf einen Erweiterungsbau

Kultur, Partnerschaft & Tourismus

- Corona-bedingt weist die **Kunst- und Musikschule** seit vergangenen März einen Minderertrag von über 150.000€ aus.
- Insgesamt werden die **digitalen Kulturangebote** der Stadt wenig angenommen, dennoch bleiben diese kostenpflichtig um die Kulturschaffenden zu unterstützen.
- Anfang November findet anlässlich 1700 Jahre jüdischem Leben in Deutschland eine **jüdische Kulturwoche** in Brühl statt.

Kontakt:

Rathaus Uhlstraße 3 | Raum A010
0176-5982 7489
fraktion@afd-bruehl.de
www.afd-bruehl.de
www.facebook.com/bruehl.afd

Ratsfraktion
Brühl

AfD